

Rektorat weiter besetzt – und gesprächsbereit

Studenten fordern in Resolution: Rücktritt Timmermanns, keine Studienbeiträge, demokratischerer Senat

VON KURT EHMKE

■ **Bielefeld.** Sechs Tage wurde an ihr gearbeitet – gestern Abend wurde die Resolution der Studenten an das Rektorat übergeben. Die Studenten halten an ihren Forderungen fest: keine



Studiengebühr, Rücktritt des Rektorats, Demokratisierung des bisher von Professoren dominierten Senats, Ablehnung des geplanten Hochschulfreiheitsgesetzes.

Ein Plenum, an dem sich hunderte Studenten beteiligten, hatte die Resolution ausgearbeitet. Sie stellt für die Studenten die Basis für Gespräche mit dem Rektorat.

Das ist gesprächsbereit, wie es gestern erneut betonte. Es hatte bereits Gespräche mit dem Allgemeinen Studierendenausschuss, trifft sich am Freitag mit den vier studentischen Senatoren (die eingeladen haben), schickte den Besetzern gestern erneut ein Angebot zu Gesprächen. Die Besetzung des Rektorates, die mindestens bis heute andauern soll, will Rektor Dieter Timmermann weiterhin nicht durch einen Polizeieinsatz beenden. Uni-Presse Sprecher Ingo Lohuis: „Wir wollen gerne reden, an Polizei denken wir nicht, was aber nach drei Jahren Besetzung wäre, das weiß ich natürlich auch nicht.“

Da aus dem Rektorat zu hören ist, dass an Studiengebühren festgehalten werden soll und an Rücktritte nicht gedacht wird, zeichnet sich eine Kompromisslinie zwischen Studentenschaft und Uni-Führung nicht ab. Timmermann betont: „Mit den Vor-



Ungebetene Gäste des Rektors:
Die Besetzung dauert an. FOTO: KRATO

bereitungen für mögliche Studienbeiträge wollte das Rektorat eine inneruniversitäre Diskussion starten.“ Was gelungen ist. Timmermann weiter: „Die Ent-

scheidung fällt der Senat auf einer späteren Sitzung.“ Sie soll am 3. Mai stattfinden.

Timmermann weist darauf hin, dass der Lehrkommission, in der die Studenten die zahlenmäßig die größte Gruppe stellten, „eine wichtige Funktion bei der Ausgestaltung der Beitragssetzung sowie bei den Überlegungen zur Verteilung der Mittel zukommt“. Er erwartet gut zehn Millionen Euro jährlich aus den Studiengebühren, die bei 1.000 Euro/Jahr liegen sollen.

Den Rücktritt Timmermanns fordert jetzt auch Die Linke.PDS. Sprecher Peter Ridder-Wilkens: „Timmermann hat sich über anders lautende Senatsbeschlüsse hinweggesetzt.“ Der Rektor sei ein Vorreiter bei der Einführung von Studiengebühren – ein Vorwurf, den ihm auch die Studenten machen. Solidarität mit den Besetzern kam gestern auch vom Landesvorstand der PDS.

NW, 08.02.06